

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 27 | 09.07.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Hauer

Korruption, Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung

Das Studienbuch „Korruption, Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung“ führt in das Recht der Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung ein. Neben einem breit angelegten Überblicksbeitrag vertiefen zwei Spezialbeiträge die Ansätze zur Korruptionsbekämpfung auf internationaler und auf Unionsebene. Der Materialenteil gewährt raschen Zugriff auf eine Auswahl wesentlicher Rechtsvorschriften des nationalen, völkerrechtlichen und unionsrechtlichen Antikorruptionsrechtes.

ISBN 978-3-902883-47-6, 2. Auflage, XXI und 344 Seiten, Harteinband, 38 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 123/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Passgesetz 1992, das Gebührengesetz 1957 und das Bundeskriminalamt-Gesetz geändert werden (**Passgesetz-Novelle 2021**) (Verbesserung des Sicherheitsniveaus der Reisepässe; Absicherung der notwendigen Datenübermittlung von Kripo, StA und Gerichten an die Passbehörden; Umsetzung der erforderlichen Adaptierungen des Bundeskriminalamt-G zur Erleichterung der Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten)

[BGBl I 124/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Sicherheitspolizeigesetz** geändert wird (ausdrückliche Klarstellung, dass die Sicherheitsbehörden personenbezogene Daten an Interventionsstellen im Rahmen ihres Aufgabenbereichs übermitteln dürfen, soweit dies zum Schutz gefährdeter Menschen erforderlich ist)

[BGBl I 125/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (**Härtefallfondsgesetz**) geändert wird (redaktionelle Anpassungen zur Einheitlichkeit der Begriffsverwendungen; Verstärkung der Rechtssicherheit; Erforderlichkeit der Budgetaufstockung aufgrund der Verlängerung und Ausweitung des potentiellen Förderkreises)

[BGBl I 126/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Heeresgebührengesetz 2001** und das **Heeresdisziplinargesetz 2014** geändert werden (Harmonisierung der einsatzspezifischen Besoldung durch entsprechenden Formalanpassungen)

[BGBl I 127/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über hochschulrechtliche Sondervorschriften an Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen aufgrund von COVID-19 (**2. COVID-19-Hochschulgesetz – 2. C-HG**) geändert wird (Änderung der Formulierung „Nachweis eines zeitnahen negativen Tests auf COVID-19“ durch die aktuellere Formulierung „Nachweis über eine lediglich geringe epidemiologische Gefahr“ iSd 3-G-Regel: geimpft, getestet, genesen)

[BGBl I 128/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Apothekerkammergesetz 2001** und das **Gehaltskassengesetz 2002** geändert werden (Ergänzung der Liste der Aufgaben im eWB durch Vorschriften über die Einrichtung der Schlichtungskommission und das Verfahren vor der Schlichtungskommission; Einberufung der konstituierenden Sitzungen aus Praktikabilitätsgründen durch den Kammeramtsdirektor; Präzisierung des unionsrechtlichen Datenminimierungsgebots iZm den von der Österreichischen Apothekerkammer im übertragenen WB wahrzunehmenden Aufgaben)

[BGBl I 129/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **IVF-Fonds-Gesetz** geändert wird (Übernahme der Aufzählung der Arten von Aufenthaltstiteln in § 8 Abs 1 Niederlassungs- und AufenthaltsG vor dem Hintergrund des Brexit-Austrittsabkommens und den darin getroffenen Regelungen zur Ausstellung eines Aufenthaltstitels an Fremde)

[BGBl I 130/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gentechnikgesetz** geändert wird (effizientere Verarbeitung öffentlich zugänglich zu machender Dokumente betreffend wissenschaftlicher Daten, Studien, Gutachten und sonstigen Informationen zur Stützung von Anträgen)

[BGBl I 131/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Zivildienstgesetz 1986** geändert wird (verfassungsrechtliche Erforderlichkeit zur Anhebung der Vergütung des außerordentlichen Zivildienstes aufgrund der Anhebung der Vergütungen nach dem HeeresgebührenG)

[BGBl I 132/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitskräfteüberlassungsgesetz** geändert wird (Ermächtigung des Kollektivvertrags von § 1159 ABGB abweichende Regelungen zu treffen)

[BGBl II 300/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung des Haftungsrahmens zur Bewältigung der Krisensituation aufgrund von COVID-19 für das Garantiesetz 1977 (**Garantiesetz 1977 COVID-19-HaftungsrahmenV**) geändert wird

[BGBl II 302/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung 2021** geändert wird

[BGBl II 313/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend **Richtlinien über die Ergreifung von finanziellen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind**, geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 234 v 02.07.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/1077 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für finanzielle Hilfe für **Zollkontrollausrüstung** im Rahmen des Fonds für **integrierte Grenzverwaltung**

[ABI L 236 v 05.07.2021, 51](#)

Beschluss (EU) 2021/1092 des Rates vom 11. Juni 2021 zur Festlegung der Kriterien und des **Verfahrens** für die **Notifizierung von Abweichungen** von den internationalen Normen, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation im Bereich der **Flugsicherheit** angenommen wurden

[ABI L 237 v 05.07.2021, 1](#)

Empfehlung (EU) 2021/1086 der Kommission vom 23. Juni 2021 zum Aufbau einer **Gemeinsamen Cyber-Einheit**

[ABI L 243 v 09.07.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die **Verwirklichung der Klimaneutralität** und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 401/2009 und (EU) 2018/1999 („**Europäisches Klimagesetz**“)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

08.06.2021, [E 4076/2020](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Bestätigung einer Rückkehrentscheidung betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit dem Kindeswohl bei - zum Zeitpunkt der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zeitnah - zu erwartender Geburt eines Kindes

08.06.2021, [E 4506/2020](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelnde Feststellungen zur Lage in der Herkunftsregion bzw zur innerstaatlichen Fluchtalternative

08.06.2021, [E 4570/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Erkrankungen des Erstbeschwerdeführers im Hinblick auf die COVID-19-Situation im Heimatstaat

11.06.2021, [E 3737/2020](#)

EpidemieG; **COVID-19-LockerungsVO**; Verletzung im **Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Verweigerung einer Sachentscheidung betreffend die Bewilligung für eine Sportveranstaltung nach Ablauf des für die Veranstaltung vorgesehenen Zeitraums; Gewährleistung von Rechtsschutz auch nach Ablauf des Bewilligungszeitraums geboten

17.06.2021, [E 3728/2020](#)

VersammlungsG; Verletzung im **Recht auf Versammlungsfreiheit** durch Untersagung mehrerer Versammlungen zum Thema „autofreier Hauptplatz“ in Linz mangels Abwägung des Interesses an der Abhaltung der Versammlung gegenüber den Interessen Dritter

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

12.05.2021, [Ra 2021/02/0059](#)

VStG; VwGVG; Der VwGH hat bereits zu § 51f Abs 2 VStG (idF vor der Novelle BGBl I Nr 33/2013), der inhaltlich dem § 45 Abs 2 VwGVG 2014 entspricht, ausgesprochen, dass eine **Verhandlung in Abwesenheit einer Partei** nur zulässig ist, wenn die Ladung fehlerfrei erfolgt ist; jeglicher Mangel der Ladung hindert die Durchführung der Verhandlung in Abwesenheit der Partei (vgl VwGH 26.5.2009, 2008/02/0353); diese Rechtsprechung ist auf § 45 Abs 2 VwGVG 2014 übertragbar

12.05.2021, [Ro 2021/02/0003](#)

VStG; Rechtsänderungen berühren nach abgeschlossener Tat bei Fehlen einer besonderen gegenteiligen Übergangsregelung die bereits eingetretene Strafbarkeit nicht und haben, wenn Taten der gleichen Art auch weiterhin strafbar bleiben, gemäß § 1 Abs 2 VStG nur hinsichtlich der Strafe die Folge, dass ein etwaiges nunmehr dem **Täter günstigeres Recht** zur Anwendung zu kommen hat; in einem solchen Fall ist als verletzte Vorschrift iSd § 44a Z 2 VStG diejenige anzusehen, welche vor der Rechtsänderung in Kraft war, jedoch als Strafsanktionsnorm iSd § 44a Z 3 VStG bei einem zum Zeitpunkt der Erlassung des Straferkenntnisses der Behörde erster Instanz günstigeren Recht für den Täter dieses heranzuziehen

12.05.2021, [Ra 2021/04/0017](#)

MineralrohstoffG; nach § 82 Abs 2 MineralrohstoffG ist ein Gewinnungsbetriebsplan, der sich auf Grundstücke bezieht, die in einer Entfernung bis zu 300 m von den in § 82 Abs 1 Z 1 bis 3 MineralrohstoffG genannten Gebieten liegen, abweichend von § 82 Abs 1 MineralrohstoffG zu genehmigen, wenn einer der drei in den Z 1 bis 3 des § 82 Abs 2 MineralrohstoffG angeführten Tatbestände erfüllt ist; wie sich aus der Verknüpfung mit "oder" ergibt, müssen die darin normierten Voraussetzungen nicht kumulativ erfüllt werden

27.05.2021, [Ra 2021/19/0157](#)

AVG; gemäß § 62 Abs 4 AVG kann die Behörde Schreib- und Rechenfehler oder diesen gleichzuhaltende, offenbar auf einem Versehen oder offenbar ausschließlich auf technisch mangelhaftem Betrieb einer **automationsunterstützten Datenverarbeitungsanlage** beruhende **Unrichtigkeiten in Bescheiden** jederzeit von Amts wegen berichtigen; dies gilt auch für das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, weil gemäß § 17 VwGVG die Bestimmung des § 62 Abs 4 AVG auch von diesen anzuwenden ist

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Oö 29.04.2021, [LVwG-152960](#)

Oö BauO; für Verfahren nach §§ 46 und 50 Oö BauO ist ein amtswegiges Vorgehen der Baubehörde normiert, eine **Partei-stellung** anderer Personen ist, abgesehen von einer eingeschränkten Parteistellung der Oö Umweltschutzbehörde nach § 46 Abs 3 leg cit, nicht ableitbar; dem Bf steht daher in den von ihm beantragten Verfahren, die nicht genehmigte Verwendung gem § 50 leg cit einzustellen, kein Antragsrecht zu

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

08.07.2021, [Rs C-428/19, Rapidped](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 96/71/EG – Art 1 Abs 1 sowie Art 3 und 5 – **Entsendung von Arbeitnehmern** im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen – **Kraftfahrer im internationalen Verkehr** – Einhaltung der **Mindestlohnsätze** des Landes der Entsendung – Tagegeld – Verordnung (EG) Nr 561/2006 – Art 10 – Den Arbeitnehmern in Abhängigkeit vom verbrauchten Treibstoff gewährte Vergütung

[08.07.2021, Rs C-695/19, Rádio Popular](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/112/EG – Mehrwertsteuer – Befreiungen – Art 135 Abs 1 Buchst a – Begriffe ‚**Versicherungsumsätze**‘ und ‚dazugehörige Dienstleistungen, die von Versicherungsmaklern und -vertretern erbracht werden‘ – Art 174 Abs 2 – Recht zum **Vorsteuerabzug** – Pro-rata-Satz des Vorsteuerabzugs – **Garantieverlängerung** für Haushaltsgeräte sowie Informatik- und Telekommunikationsartikel – Begriff ‚Finanzumsätze‘

[08.07.2021, Rs C-830/19, Région wallonne \(Aide aux jeunes agriculteurs\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft – **Europäischer Landwirtschaftsfonds** für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Verordnung (EU) Nr 1305/2013 – Delegierte Verordnung (EU) Nr 807/2014 – **Niederlassung von Junglandwirten** – Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe – **Existenzgründungsbeihilfen** für Junglandwirte – Zugangsbedingungen – Entsprechung – Niederlassung nicht als alleiniger Betriebsinhaber – Obergrenzen – Festsetzung – Kriterien – Standardoutput des landwirtschaftlichen Betriebs

[08.07.2021, Rs C-937/19, Staatsanwaltschaft Köln und Bundesamt für Güterverkehr](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 1072/2009 – Art 1 Abs 5 Buchst d – Art 8 – **Grenzüberschreitender Güterkraftverkehr** von einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat – **Kabotagebeförderungen** im Hoheitsgebiet des letztgenannten Mitgliedstaats im Anschluss an diesen grenzüberschreitenden Verkehr – Beschränkungen – **Erfordernis einer Gemeinschaftslicenz** und gegebenenfalls einer Beförderungsgenehmigung – Ausnahmen – Kabotagebeförderungen im Anschluss an eine grenzüberschreitende Beförderung im Werkverkehr – Bedingungen

[08.07.2021, Rs C-71/20, VAS Shipping](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 und 54 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Nationale Regelung, die vorsieht, dass Drittstaatsangehörige, die auf einem unter der **Flagge eines Mitgliedstaats fahrenden Schiff** beschäftigt sind, über eine **Arbeits-erlaubnis** in diesem Mitgliedstaat verfügen müssen – Ausnahme für Schiffe, die die Häfen des Mitgliedstaats nicht mehr als 25-mal innerhalb eines Jahres anlaufen – Beschränkung – Art 79 Abs 5 AEUV – Nationale Regelung, mit der festgelegt werden soll, wie viele **Drittstaatsangehörige** aus Drittländern in das Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats einreisen dürfen, um dort als Arbeitnehmer oder Selbstständige Arbeit zu suchen

[08.07.2021, Rs C-120/20, Koleje Mazowieckie](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eisenbahnverkehr – **Zuweisung von Fahrwegkapazität** der Eisenbahn und Erhebung von Entgelten für die **Nutzung von Eisenbahninfrastruktur** – Richtlinie 2001/14/EG – Art 4 Abs 5 – Erhebung von Entgelten – Art 30 – Nationale Regulierungsstelle, die zu gewährleisten hat, dass die **Wegeentgelte** mit dieser Richtlinie im Einklang stehen – Zwischen dem Betreiber einer Infrastruktur und einem Eisenbahnunternehmen geschlossener Vertrag über die Nutzung der Infrastruktur – Fehlerhafte Umsetzung – Staatshaftung – Schadensersatzklage – Vorherige Befassung der nationalen Regulierungsstelle

[08.07.2021, Rs C-166/20, Lietuvos Respublikos sveikatos apsaugos ministerija](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Anerkennung von Berufsqualifikationen** – Richtlinie 2005/36/EG – Art 1 und Art 10 Buchst b – In mehreren Mitgliedstaaten erworbene Berufsqualifikationen – Voraussetzungen für den Erwerb – **Fehlen eines Ausbildungsnachweises** – Art 45 und 49 AEUV – Arbeitnehmer – Niederlassungsfreiheit

[08.07.2021, Rs C-178/20, Pharma Expressz](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Warenverkehr – Humanarzneimittel – Richtlinie 2001/83/EG – Art 5 Abs 1, Art 6 Abs 1 und Art 70 bis 73 – In einem **ersten Mitgliedstaat zugelassene Arzneimittel** – Einstufung als nicht **verschreibungspflichtige Arzneimittel** – **Verkauf in Apotheken** eines zweiten Mitgliedstaats ohne Genehmigung für das Inverkehrbringen in diesem Mitgliedstaat – Nationale Regelung, die eine Meldung an die zuständige Behörde und eine Stellungnahme dieser Behörde über die Verwendung dieses Arzneimittels vorschreibt – Art 34 AEUV – Mengenmäßige Beschränkung

08.07.2021, Rs C-295/20, Sanresa

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Vergabe eines öffentlichen Auftrags über Dienstleistungen der **Behandlung von Abfällen** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 58 und 70 – **Einstufung der Pflicht des Wirtschaftsteilnehmers**, über eine vorherige schriftliche Zustimmung zu grenzüberschreitenden Verbringungen von Abfällen zu verfügen – Bedingung für die Auftragsausführung

B. SCHLUSSANTRÄGE

08.07.2021, Rs C-874/19 P, Aeris Invest/CRU (GA Kokott)

Rechtsmittel – Bankenunion – **Einheitlicher Abwicklungsmechanismus** für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen – Abwicklung von Banco Popular Español – Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Festlegung eines Abwicklungskonzepts – **Instrument der Unternehmensveräußerung** – Art 20 – Bewertung für Abwicklungszwecke – Herabschreibung und Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten – Vorläufige Bewertung – Begriff – Erfordernis der Vornahme einer endgültigen Ex-post-Bewertung – **Schutz von Anteilseignern und Gläubigern** – Korrektur nach Art 20 Abs 12 der Verordnung Nr 806/2014 – ‚No creditor worse off‘-Grundsatz – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 17 – Schutz des Eigentums

08.07.2021, verb Rs C-884/19 P u C-888/19 P, Kommission/Xinyi PV Products (Anhui) (GA Pitruzzella)

Rechtsmittel – Zurückverweisung – **Dumping** – Durchführungsverordnung (EU) Nr 470/2014 – **Einführen von Solarglas** mit Ursprung in China – Art 2 Abs 7 Buchst c dritter Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Begriff ‚nennenswerte **Verzerrung der Produktionskosten** und der finanziellen Lage der Unternehmen‘ – Steuervergünstigungen

08.07.2021, Rs C-132/20, Getin Noble Bank (GA Bobek)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – **Begriff ‚Gericht‘** – Begriff ‚durch Gesetz errichtet‘ – Richterliche Unabhängigkeit – **Entscheidungserheblichkeit der Fragen** – Art 19 Abs 1 EUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art und Weise der Prüfung – Verfahren zur **Ernennung eines nationalen Richters** – Lustrationsmaßnahmen – Unabsetzbarkeit der Richter

08.07.2021, Rs C-156/20, Zipvit (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 und 178 Buchst a – Entstehung des Rechts auf **Vorsteuerabzug** bei irrtümlich für **steuerfrei gehaltener Eingangsleistung** – Mehrwertsteuer im Preis trotz Irrtum enthalten – Entstehungszeitraum – **Geschuldete oder abgeführte Mehrwertsteuer** – Besitz einer Rechnung als materielle Voraussetzung – Abgrenzung zu den formellen Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs

08.07.2021, Rs C-217/20, Staatssecretaris van Financiën (Rémunération pendant le congé annuel payé) (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Schutz der Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmern – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 Abs 1 – **Recht auf Jahresurlaub** – Höhe des Entgelts – **Gekürztes Entgelt aufgrund von Arbeitsunfähigkeit**

08.07.2021, Rs C-289/20, IB (Résidence habituelle d'un époux - Divorce) (GA Sánchez-Bordona)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Internationale gerichtliche Zuständigkeit**, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in **Ehesachen** – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – **Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts**

08.07.2021, Rs C-337/20, CRCAM (GA Saugmandsgaard Øe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Richtlinie 2007/64/EG – **Zahlungsdienste im Binnenmarkt** – Art 58 bis 60 – Rechte und Pflichten des Zahlungsdienstnutzers und des Zahlungsdienstleisters – Begriffe der ‚vollständigen Harmonisierung‘ und der ‚erschöpfenden Harmonisierung‘ – **Anzeige nicht autorisierter Zahlungsvorgänge** nach Fristablauf – Ausschließlich durch die Richtlinie 2007/64/EG geregelte Haftung des Zahlungsdienstleisters gegenüber dem Zahlungsdienstnutzer – **Haftung des Zahlungsdienstleisters** gegenüber einem Dritten wie einem Bürgen – Anwendungsbereich der Richtlinie 2007/64/EG – Anwendung einer vom nationalen Recht vorgesehenen Haftungsregelung

[08.07.2021, Rs C-422/20, RK \(Déclinatoire de compétence\) \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Anerkennung – **Erbsachen und Europäisches Nachlasszeugnis** – Zuständigkeit bei Rechtswahl – **Unzuständigerklärung** eines zuvor angerufenen Gerichts

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.07.2021, Beschwerde Nr [66180/09](#) ua, *Gruba ua / Russland*

Verletzung von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) **iVm Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Verletzung** von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren) in Bezug auf Bf Morozov; unterschiedl Anspruch auf **Elternurlaub** zw Polizisten und Polizistinnen; Anspruch von männlichem Polizeipersonal unter Bedingung, dass sich Mutter nicht um Kinder kümmert; **ungerechtfertigte Unterscheidung**; keine Abwägung des legitimen Ziels der operativen Effizienz der Polizei und der unterschiedl Behandlung

06.07.2021, Beschwerde Nr [47220/19](#), *A.M. ua / Russland*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Verletzung** von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) **iVm Art 8 EMRK**; gerichtliche Entscheidung, welche das Umgangsrecht der Bf mit ihren Kindern beendete, weil sie sich einer **Geschlechtsumwandlung** unterzogen hatte; keine Beweise für mögl Schädigung der Kinder durch Umwandlung; keine Prüfung der besonderen Umstände der Familie durch inländ Gerichte; Diskriminierung aufgrund Geschlechtsidentität

08.07.2021, Beschwerde Nr [12625/17](#), *Shahzad / Ungarn*

Verletzung von **Art 4 4.ZPEMRK** (Verbot der Kollektivausweisung von Ausländern); **Verletzung** von **Art 13 EMRK** (Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf) **iVm Art 4 4.ZPEMRK**; Einreise des Bf von Serbien nach Ungarn als Teil einer Gruppe mit anschließender **Sammelausweisung**; keine Feststellung der individuellen Situation des Bf; keine echten und effektiven Möglichkeiten zur legalen Einreise nach Ungarn; Ausweisung nicht als Folge des Verhaltens des Bf; kein angemessener Rechtsbehelf

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

<p>96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020, ausgegeben am 15.03.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 184/2021: VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021</p>	<p>§§ 1 und 2 ab 16.03.2020</p> <p>§ 3 ab 17.03.2020</p>	22.3.2020
<p>110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020, ausgegeben am 20.03.2020</p>	21.03.2020	13.04.2020
<p>112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020, ausgegeben am 22.03.2020</p>	23.03.2020	13.04.2020
<p>130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020, ausgegeben am 02.04.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 486/2020: VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	03.04.2020	<p>§§1-3 13.04.2020</p> <p>§4 mit 04.04.2020</p> <p>§4 24.04.2020</p>
<p>151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020, ausgegeben am 09.04.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 340/2020: VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020: VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	14.04.2020	<p>§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020</p> <p>§4 mit Ablauf des 30.04.2020</p>
<p>162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020, ausgegeben am 18.04.2020</p>	19.04.2020	<i>unverändert</i>
<p>→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020, mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten</p>		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

<p>98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmen-gesetzes, BGBl II 98/2020, ausgegeben am 15.03.2020</p> <p>VfGH: BGBl II 351/2020: VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020</p>	16.03.2020	22.03.2020
<p>107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020, ausgegeben am 19.03.2020</p>	20.03.2020	<i>unverändert</i>

VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950

und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	Keine Angabe
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p>	01.05.2020	30.06.2020
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>

287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020 , ausgegeben am 29.06.2020	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: BGBl II 146/2021 : VfGH §4 Abs. 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft.</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft

<p>§ 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft.</p> <p>§ 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</p>	<p>§§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020</p>	
<p>456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</i></p>	<p>07.11.2020</p>	<p>Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft.</p>
<p>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</p>		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p><i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</i></p>	<p>03.11.2020</p>	<p>30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt NotMV 479/2020)</p>
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	<p>11.11.2020</p>	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	<p>13.11.2020</p>	<p>§ 2 22.11.2020</p>
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	<p>07.12.2020</p>	<p>23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)</p>
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum 18. Dezember 2020 gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. 	<p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p>	<p>26.12.2020 § 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p>

<p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <p>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</p> <p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgld.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p>

		§2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021 , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021 , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021 , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021 , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i> §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021

Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>
Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	31.08.2021 §§ 12 – 16 28.07.2021
Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVWG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Amira Hetaba, LL.M., Mag. Stefanie Klein Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.